

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1889

6.10.1889 (No. 273)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 6. Oktober.

№ 273.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1889.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Ämtlicher Theil.

Durch Entschließung des Ministeriums des Innern vom 3. Oktober d. J. ist Ingenieur 1. Klasse Hugo Kühnenthal zur Kulturinspektion Donaueschingen versetzt worden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 30. September 1889 gnädigst geruht, die mit der probeweisen Vernehmung von Bureaubeamtenstellen 1. Klasse bei der Kaiserlichen Oberpostdirektion Karlsruhe betrauten Postsekretäre Carl Theodor Bernhardt von Konstanz und Julius Gustav Billmaier von Gamsfurt zu Oberpostdirektionssekretären bei der genannten Direktion und den Posttraktanten Philipp Otto Dilo von Eberbach zum Postsekretär zu ernennen.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 5. Oktober.

Die bekannte Erklärung des „Reichsanzeigers“ gegen die „Kreuzzeitung“ hat weit über den Bereich der inländischen Presse hinaus lebhaften Widerhall gefunden. Heute beschäftigt sich, wie ein Telegramm aus Wien meldet, das Wiener „Fremdenblatt“ mit der Rundgebung des „Reichsanzeigers“. Es wird darüber berichtet: Anknüpfend an die letzte Aeußerung des „Reichsanzeigers“ und an frühere Aeußerungen des Kaisers Wilhelm über seine Stellung gegenüber den Parteien, betont das „Fremdenblatt“, dem thätkräftigen Kaiser schwebt ein lebendiges Kaiserthum vor; er will nicht in einer unnahbaren Höhe thronen, sondern in beständigem Kontakt mit der Stimmung seines Volkes stehen; der Kaiser als Führer der Nation, das ist der ihm vorschwebende Gedanke, den er mit ungewöhnlicher Entschiedenheit zur Geltung bringt.

Nach einer Meldung aus Belgrad läßt die Königin Natalie die ganze Einrichtung ihrer Villa in Jalta nach Belgrad kommen. Diese Meldung deutet darauf hin, daß die Königin in der That gewillt ist, ihren bleibenden Aufenthalt in der serbischen Hauptstadt zu nehmen. Die Absicht, in Belgrad zu bleiben, hat die Königin ja allerdings wiederholt und auch den mit ihr verhandelnden Vertretern der Regentenschaft und der Regierung gegenüber ausgesprochen. Infolge dieser bestimmten Aeußerung der Königin sind erst die von Nikitsch, dann die vom Ministerpräsidenten Graisch angeknüpften Verhandlungen mit der Königin gescheitert und jetzt scheinen beide Theile, das offizielle Serbien sowohl wie die Königin, in abwartender Stellung zu verharren. Die Königin machte gestern die erste Ausfahrt seit ihrer Ankunft in Belgrad, wobei sie auch dem Metropolitan Michael einen halbständigen Besuch abstattete, und es wird berichtet, daß sie auch bei dieser Gelegenheit vom Publikum sehr sympathisch begrüßt worden sei; andererseits meldet man der „Neuen Freien Presse“ und mehreren anderen Blättern aus Belgrad, die Unnachgiebigkeit der Königin in der peinlichen Frage der Zusammenkunft mit ihrem Sohne werde schon jetzt vielfach entschieden verurtheilt. Diese Wandlung werde dem bekannten Artikel des „Objet“ zugeschrieben (der die gesammten Verhandlungen zwischen der Regentenschaft und der Königin vor Ankunft der letzteren in Belgrad darlegt); die Gefühlsrückichten, die sich im großen Publikum zu Gunsten der Königin geltend machten, beginnen einer veränderten, mehr zu Gunsten der Regentenschaft lautenden Auffassung zu weichen. Bei der Unmöglichkeit, zu sagen, wie die Situation sich entwirren werde, ist es begreiflich, daß man mit einer gewissen Spannung der am 13. Oktober zusammentretenden Skupstina entgegensteht. In Belgrad erhält sich das Gerücht, daß der Skupstina eine Vorlage gemacht werden würde, die den Aufenthalt der Königin auf serbischem Boden beschränkt. Man würde sich indessen mit einem solchen Vorschlage doch wohl nur dann an die Skupstina wenden, wenn nachzuweisen ist, daß aus der Anwesenheit der Königin in der Hauptstadt eine Gefahr für den inneren Frieden Serbiens entspringt. Im Falle ein solcher Nachweis geführt wird, würde die Königin freilich auf keine Unterstützung in der Skupstina zu rechnen haben; die Fortschrittspartei, deren Organe allein für die Königin Partei nehmen, während die liberalen Blätter das Verhalten der Königin tabeln und die radikale Presse Still-schweigen beobachtet, hat sich bekanntlich selbst von der neuen Skupstina ausgeschlossen, indem sie sich von der Wahlbewegung fernhielt. Die liberale und die radikale Partei werden aber, was sie auch sonst trennen mag, in einer Frage der inneren Sicherheit Serbiens schwerlich unvereinbaren Meinungen huldigen.

Deutschland.

* Berlin, 4. Okt. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin trafen heute von Ludwigslust aus um 10 Uhr Abends in der Wildparkstation ein und fuhren sofort in das Neue Palais.

— Rigau's Telegraphenagentur in Kopenhagen meldet, Seine Majestät der Kaiser von Rußland werde am 10. Oktober in Berlin eintreffen. Das Wollfische Telegraphenbureau nimmt von dieser Meldung Notiz.

— Aus Spezia wird gemeldet, daß die Kreuzerfregatte „Trene“ unter dem Kommando Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Heinrich von Preußen heute früh dort eingetroffen ist. Morgen wird die „Trene“ sich von dort nach Genua begeben, um mit dem deutschen Uebungs-geschwader vereinigt zu werden.

— Ueber die in Athen betriebenen Vorbereitungen für die Hochzeitsfeier am königlichen Hofe wird der „Post“ aus der griechischen Hauptstadt gemeldet:

„Diese Zeitungen berichten, 40 Soldaten vom Regiment der Gardes du Corps nebst Offizieren sollen bei der Trauung den Wagen der Prinzessin Sophie vom Dom bis zum königlichen Palais geleiten. Sie bringen ihre Uniform und ihr Sattelzeug aus Deutschland mit, während ihnen die Pferde aus dem Marfall des Königs von Griechenland gestellt werden. Kronprinz Konstantin hat sich schon vor Monaten aus 70 ausgewählten Soldaten eine eigene Leibwache gebildet, welche ihm auf der Fahrt zur Trauung gleichfalls zur Begleitung dienen wird. Als Vertreter des Schahs von Persien soll auch Modschir Khan, der persische Gesandte in Konstantinopel, der Hochzeitsfeier bei-wohnen. Im Hotel der deutschen Gesandtschaft, das für die bevorstehende Feier ganz neu eingerichtet worden ist, wird für den Deutschen Kaiser und die übrigen fürstlichen Hochzeitsgäste ein großes Frühstück veranstaltet werden. Auf dem Walde, den die Stadt Athen zu Ehren Kaiser Wilhelms im Ausstellungs-gebäude gibt, wird der Bürgermeister Athens, Herr Philemon, der älteste Journalist Griechenlands und ein ausgezeichneter Kenner des Deutschen, den Kaiser mit einer deutschen Ansprache begrüßen. Zu den Festlichkeiten sind außer sämtlichen Bürgermeistern und Abgeordneten Griechenlands auch die Provinzial-räte des ganzen Landes eingeladen worden. Die 16 verschiede-nen Gewerke werden mit ihren Fahnen — die Fahnenträger in griechischer Nationaltracht — gleichfalls dem Wagen der Prinzessin Sophie folgen. In den drei Hauptstraßen werden während der drei Nächte der Feierlichkeiten Feuerwerke abgebrannt. Alle Straßen, welche der Festzug passiert, sollen mit Blumen und Lorbeerblättern besetzt werden. Der große Triumphbogen auf dem Verfassungspiaz wird als hervorragenden Schmuck die vier Statuen der Athene, des Hermes, des Poseidon und der Demeter erhalten.“

— Dem Bundesrath sind, nach dem „R.-Anz.“, bis jetzt folgende Anlagen zu dem Reichshaushalt-Etat für 1890/91 zugegangen: die Etats für das Reichskanzler und die Reichskasse, für das Auswärtige Amt, für das Reichsamt des Innern, für die Verwaltung der kaiserlichen Marine, für die Reichsjustizverwaltung, für das Reichsfinanzamt, für das Reichseisenbahnamt, der Etat der Reichsschuld, der Etat für den Rechnungshof, der Etat über den Reichsinvalidenfond, der Etat der Ein-nahmen des Deutschen Reichs an Zöllen, Verbrauchs-steuern und Aversen, die Etats der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, der Reichsdruckerei und für die Verwaltung der Eisenbahnen.

— Die Eröffnung der Reichstagsession wird, da Seine Majestät der Kaiser zu jener Zeit auf der Südländreise begriffen sein wird, voraussichtlich durch den Staatssekretär v. Boetticher erfolgen. Doch wird, wie die „Nat.-Ztg.“ mittheilt, frühzeitig zu den Reichstags-verhandlungen auch der Ankunft des Fürsten Bismarck entgegengekommen.

— Gegenüber Ausstreunungen, wonach Fürst Bismarck die Erklärung im „Reichsanzeiger“ (gegen die „Kreuz-zeitung“) veranlaßt haben soll, hört die „Nat.-Ztg.“ von zuverlässiger Seite, daß sie aus der persönlichen Initiative Seiner Majestät des Kaisers entsprungen sei.

— Dem gestern von uns erwähnten Gesekentwurf wegen Einrichtung einer subventionirten Dampferlinie nach Ostafrika ist der „Nat.-lib. Corr.“ zufolge eine längere Begründung beigegeben, welche sich über die Handelsverhältnisse jener Gegenden verbreitet und den Nach-weis liefert, daß dieselben weit bedeutender sind, als ge-wöhnlich angenommen wird. Die Dampferlinie wird voraussichtlich von Hamburg ausgehen und bis über Sansibar hinaus geführt werden.

— Ueber die Zusammenlegung der beiden neuen, durch Theilung des 1. und 15. Armeecorps zu bildenden Ar mee-corps entnimmt die „N. A. Z.“ der „Danz. Ztg.“ fol-gende Mittheilungen: Das 15. Armeecorps bestände in Zukunft aus der 31. und 33. Division (bisher in Straß-burg); das 16. aus der 30. Division (bisher in Metz) und der 16. Division (bisher in Trier), an deren Stelle die 25. (Großh. heff.) Division tritt. Die Kavallerie-division des 16. Armeecorps (7 Regimenter) wird getheilt und durch ein Regiment verstärkt. Das 1. Armeecorps

behält den Sitz in Königsberg; ebenso die 1. Division; die 2. wird Danzig räumen und wahrscheinlich nach Allen-stein verlegt. Das 17. (westpr.) Armeecorps erhält be-kanntlich seinen Sitz in Danzig; ebenso die 1. Division; die 2. kommt nach Thorn. Die eine dieser beiden Divi-sionen wird aus den überflüssigen Regimentern des 1. und 2. Armeecorps (je 10 Regimenter) gebildet; die zweite könnte aus den vierten Bataillonen gebildet werden.

— Wie vor einiger Zeit erwähnt, hatte der Verband keramischer Gewerke Deutschlands nach Zustimmung des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe be-schlossen, eine keramisch-technologische Sammlung anzulegen, welche die inländischen Topfwaaren und auch diejenigen ausländischen, deren richtige Einreihung in den Zolltarif zweifelhaft sein könnte, enthalten sollte. Die Sammlung sollte den Zollbeamten, welche zolltechnische Fragen zu entscheiden haben, Proben der betreffenden und mit einander zu vergleichenden Topfwaaren bieten. Gegenwärtig ist der Verband keramischer Gewerke damit beschäftigt, diese Sammlung zusammenzustellen. Die einzelnen Proben werden aus Scherbenstücken, von Topf-waaren entnommen, bestehen, fest verbunden mit Tafelchen, auf welche verzeichnet sind der Ursprung, die Handels-bezeichnung der Waare, die technischen Bestimmungs-merkmale derselben, der Durchschnittswert für 100 Kilo-gramm der betreffenden Topfwaare und das Absatzgebiet für die Topfwaare. Die Sammlung wird nach ihrer völligen Herstellung ein wanderndes Lehrmittel für die Hauptzollämter abgeben und der preussische Finanz-minister hat sich schon bereit erklärt, die Vermittelung in dieser Beziehung zu übernehmen. Es sieht zu erwarten, bemerken die „B. B. N.“, daß sowohl die Zolltechnik als auch das deutsche Töpfereigewerbe von der Samm-lung und ihrer Verwendung Vortheil haben werden.

— Ueber die Brüsseler Konferenz gegen den Sklavenhandel sind noch immer ungenaue Besarten verbreitet. So wird mehreren Blättern geschrieben, der Kongostaat habe zu der Konferenz eingeladen. In Wahr-heit ist die Einladung seitens der belgischen Regierung ergangen, während der Kongostaat sich nur an der Kon-ferenz theilnehmend betheiligt. Gemeinliche Maßregeln der interessirten Staaten gegen den Sklavenhandel sollen namentlich zunächst an der Ostküste Afrikas beschloffen werden. An der Westküste ist der Sklavenhandel schon erfolgreich gehindert.

— Die „Berl. Pol. Nachr.“ bezeichnen den Zeitpunkt als nicht fern, in welchem es der Staatsaufsichtsbehörde gelingen werde, im Verein mit den kaufmännischen Kor-porationen, wie den Mißständen an der Produktionsbörse, so auch denen an der Fondsbörse ein Ende zu be-reiten. Desfallsige Erwägungen der zuständigen Staats-behörden würden zweifellos zu geeigneter Zeit greifbare Gestalt gewinnen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 4. Okt. Das Exekutivkomité der jung-czechi-schen Abgeordneten hielt in Prag eine Sitzung ab, in welcher die der Vollversammlung der jungczechischen Abgeordneten, die unmittelbar vor dem Zusammentritte des Landtags stattfindet, vorzulegenden Anträge endgiltig beschloffen wurden. Mit der Ausarbeitung eines Adress-entwurfes an Seine Majestät den Kaiser wurde ein Komité betraut. Uebrigens dürfte auch von der Majorität ein Adressentwurf eingebracht werden. Als jung-czechische Kandidaten für den Landesauschuß werden Eduard Gregor und Tilscher genannt. Denselben werden der Altceche Jertzabel, der kein Landtagsmandat erhielt, und Graf Adalbert Schönborn Platz machen.

— Zu der Rede Tisza's in Großwardein schreibt das Wiener „Fremdenblatt“: „Es ist nicht erfreulich, wenn ein Ministerpräsident offen erklären muß, eine große Partei des Parlaments betreibe die Opposition aus persönlichen Gründen. Es ist für einen Staatsmann, der mit Liebe an seinem Lande hängt und welcher die großen Traditionen einer Nation vor jeder Entwürdigung bewahrt wissen möchte, schmerzlich, zu konstatiren, daß eine Kampfweise im parlamentarischen Leben an Boden gewinne, welche den konstitutionellen Sitten ebenso widerspricht, wie der Gepflogenheit der Völker, welche den Ruf ihrer Ein-richtungen zu wahren bemüht sind. Das Herr v. Tisza diese Art des Kampfes nicht fürchtet und seine maßlose Persönlichkeit zur Zielscheibe der heftigsten Angriffe zu widmen bereit ist, um Ungarn vor einer Viga zu bewahren, deren widernatürliches Bündniß im Augenblick des Triumphes zerfallen und das Land in die verworrensten Parteiverhältnisse stürzen müßte, hat seine Haltung während jener Reichstagsperiode dargethan, in der nicht selten das Toben im Saale durch den Sturm der Gasse über-tönt wurde. Wenn aber selbst nach dem lauten Verbammungs-urtheil, das alle Elemente von politischem Selbstbewußtsein über diese Methode des Kampfes gesprochen haben, über diese verfassungswidrige Taktik, welche die Majorität terrorisiren und den konstitutionellen Mechanismus sprengen will, noch immer die Aufnahme solch einer Methode für möglich erachtet wird, so ist das keine Thatsache, welche den Ministerpräsidenten, das Volk

oder dessen Freunde erfreuen könnte. Glücklicherweise steht auch diesem drohenden Versuche, ein der Minorität unbecommes Regime niederzuschreiben, der in Großwardein veränderte Entschluß des Herrn v. Tisza entgegen, mit unbegrenzter Festigkeit die parlamentarischen Grundsätze zu verteidigen, den inneren Frieden mit starkem Willen zu schützen. Herr v. Tisza ist von dem vollen Bewußtsein der Bedeutung seiner Pflichten erfüllt, welche seine Stellung, seine Vergangenheit und die Größe seiner staatsmännischen Persönlichkeit ihm auferlegen. Gerade das Streben, ihn einzuschüchtern, müßte ihn zum Ausbarren bestimmen, um nicht ein Präzedenz zu schaffen, das für die freihetliche Entwicklung seines Volkes verberblich werden könnte. Und sollte man nicht allmählich überall in Ungarn und in allen Lagern zur Erkenntnis gelangen, daß Herr v. Tisza damit nur Prinzipien hütet, mit denen das Gedeihen Ungarns verknüpft ist, die, an die Vergangenheit des Volkes anknüpfend, auch dessen Zukunft unter dem Schutz konstitutioneller Maximen stellen? Während der persönlichen Haß auf der einen Seite tobt, erblickt man auf der anderen die Hingebung an Gebote, mit denen geradezu die politische Kultur unloslich verbunden ist. Diesen Gegensatz wird die Opposition für die Dauer nicht vertragen und Herr v. Tisza kommt mit vollem Rechte bemerken, daß sie einen schlechten strategischen Aufmarsch ausgeführt und ein für sich ungünstiges Kampffeld errichtet hat.

Italien.
Rom, 4. Okt. Anlässlich des heutigen Namenstages Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich wurde in der Kirche dell' Anima eine Messe gelesen. Vom Könige und vom Papste wurden Glückwunschtelegramme an den Kaiser geschickt. — Es heißt, die Regierung beabsichtigt, der Deputiertenkammer in der nächsten Session außer dem Etat nur die Vorlage über die Reform der frommen Stiftungen zu unterbreiten, dann solle die Kammer aufgelöst und für das nächste Frühjahr die Neuwahl angeordnet werden. Wenn Herr Crispi diese Absicht wirklich hegt, so wird er sich wohl darüber auf dem am 14. Oktober zu seinen Ehren in Palermo stattfindenden Bankette näher aussprechen. Dieses Bankett dürfte sich zu einer großen politischen Kundgebung gestalten. Es haben die meisten Minister, sowie viele Deputierte und Senatoren, im Ganzen 400 Politiker, ihr Erscheinen zugesagt. — Caporali, der in Neapel das Attentat gegen Crispi ausführte, ist nach Beendigung der Voruntersuchung den Affisen überwiesen worden.

Frankreich.
Paris, 4. Okt. Die Blätter aller Parteirichtungen beschäftigen sich auf das Angelegentlichste mit den am nächsten Sonntag bevorstehenden Stichwahlen. Nach einer genauen Feststellung der am 22. September erzielten Wahlergebnisse sind an diesem Tage 390 Deputierte definitiv gewählt worden und 183 Ballotagen erforderlich, die sich auf 60 Departements und 4 Kolonialgebiete erstrecken. Bei diesen Ballotagen kommen 139 Bezirke in Frage, in denen die Republikaner sich den Sieg zuschreiben. Nach den im Ministerium des Innern eingelaufenen Mitteilungen der Präfekten sollen in der That die Verhältnisse für die republikanische Partei sehr günstig liegen. Die Konservativen, die gegen den Boulangismus und die Weisungen aus Sheenhouse sich empören, werden immer zahlreicher. Dagegen konnte Constans in seiner in Toulouse gehaltenen Wahlrede konstatieren, daß die republikanische Partei Fortschritte in Bezug auf die Einigkeit gemacht habe. Wenigstens besteht diese Einigkeit im Hinblick auf die Stichwahlen; im Uebrigen ging der Minister etwas zu weit, wenn er erklärte, es gebe jetzt keine Spaltungen unter den Republikanern mehr. Der Minister sagte in Betreff der Stichwahlen, er wisse, daß er nicht die politischen Wünsche Jedermanns befriedigen könne, in der Liebe zur Republik und zur Freiheit stehe er aber keinem nach. Er werde stets nur für die Republik kämpfen. Wenn er manchmal vielleicht zu langsam vorwärts gehe, so sollten sie bedenken, daß sich jetzt, bei der Stichwahl nur die Republik und die Diktatur entgegenstehen. Die Wähler von Toulouse hätten am Sonntag nicht zwischen ihm und Sufini zu wählen, sondern über zwei Staatsformen zu entscheiden. Die Republik wolle den Frieden und die Freiheit vor dem Geetze, während ihre Gegner erklärt haben, sie weichen lieber vor dem Feinde zurück, ehe sie der Republik dienen. (Eine Anspielung auf Laizant und Le Herissé; der Letztere, welcher Reserveoffizier ist und in einer Wahlversammlung ähnlich aufreizende Reden geführt hat, wie sein Gefinnungsgenosse Laizant, wird ebenfalls vor den Untersuchungsstuhl gestellt werden.) Weiter sagte Constans, alle persönlichen Antipathien sollten verschwinden und die Wähler nur an die Republik und an's Vaterland denken. Der Redner wurde oft von lebhaftem Beifall unterbrochen. Heute früh ist Constans von Toulouse nach Paris zurückgekehrt.

— Die „Republ. Française“ verbreitet sich in einem längeren Artikel über die Wirkungen, die der Niedergang des Boulangismus auf die Stimmungen in der Armee habe. Als reiner Demagog, Tisza genosse Rocheforts und Vertrauter der Obersten der Commune habe Boulanger keine gefährliche Anziehungskraft auf die weitaus größte Mehrheit der Offiziere geübt; aber einen schlimmen Einfluß hätte der General als Chef der konservativen Koalition allmählich üben können. Zahlreiche Offiziere hängen durch Familie, Erziehung, persönliche Neigungen mit der konservativen Welt zusammen; allerdings stehe bei den allermeisten Offizieren das Gefühl der Pflicht über den persönlichen Neigungen; da die Republik das Gezeß ist, so dienen sie ja auch der Republik, aber Republikaner seien sie darum doch nicht. Der radikale und sozialistische Boulanger habe ihnen Abneigung eingebläht, aber ein Boulanger, den die wohlgefinte Welt angenommen, mit dem sich die Prinzen verstanden und den die Kirche patronisierte, ein solcher Boulanger habe ihnen allmählich in einem weniger unangenehmen Lichte erscheinen müssen, und zwar weiter auch deshalb, weil sie sahen, daß selbst alte Generale, wie Du Barrail, sich der Fahne desselben angeschlossen. Dieses Alles habe eine Wirkung haben können, wenn auch nur auf eine sehr kleine Minderheit, aber wer wisse, wie es weiter gegangen sein würde, wenn die Armee noch lange in Ungewißheit über die morgige Regierung geblieben wäre? Doch das sei nun

anders geworden, der 22. September habe das Jodol umgestürzt. Sein Voss sei das Exil Bazaines. Und dies genüge, um alle wankenden Gewissen rasch wieder fest zu machen. Die Armee sei von einem Alp befreit worden.

Spanien.
Madrid, 4. Okt. Der Ministerrath beschloß, die Cortes auf den 29. Okt. einzuberufen. Die Vorlage über das allgemeine Stimmrecht soll an die Spitze der Tagesordnung gestellt werden.

Großbritannien.
London, 4. Okt. Wie schon erwähnt, beabsichtigt Seine Königliche Hoheit der Prinz von Wales, von Athen aus, wo er den Hochzeitsfeierlichkeiten beiwohnt, seinen nach Indien reisenden Sohn bis nach Egypten zu begleiten. Der Prinz wird mit seinem Sohn, dem Prinzen Albert Victor, auf der königlichen Yacht „Osborne“ bis Port Said fahren; von dort setzt Prinz Albert Victor die Reise auf dem Dampfer „Deana“ fort. Wahrscheinlich wird der Prinz von Wales längere Zeit in Egypten verweilen und nicht nur die Schlachtfelder des letzten Krieges, sondern auch Sinaim besuchen. — Die nächste Parlamentssession verspricht von hervorragender Wichtigkeit für die irische Gesetzgebung zu werden. Der liberale Unionist Josef Chamberlain erklärte in einer zu Newcastle gehaltenen Rede, die Regierung sei gewillt, die agrarische Frage in Irland in der nächsten Parlamentssession endgültig zu lösen. Schon die in den letzten zwei Jahren von der Regierung durchgeführten Maßregeln seien von viel größerem Vortheil für Irland, als alle von Gladstone geplanten. Verfassungsänderungen, aber sie seien nichts im Vergleich zu den wichtigen Vorschlägen, welche in der nächsten Tagung zu erwarten seien.

— Trotz des gewonnenen Dementis, welches Gladstone dem „Daily News“ zu ertheilen für gut gefunden hat, weil es ihm die Autorität des von uns in Kürze charakterisirten Artikels in der „Contemporary Review“ über Italiens Stellung zum Dreibunde zugeschrieben, beharrt die erwähnte Zeitung dabei, den Artikel als ein Produkt Gladstones zu bezeichnen. Allerdings suchen „Daily News“ jetzt ihn in einem Sinn auszuliegen, welcher Gladstone vor der Kritik seiner eigenen Anhänger schützen soll. Das Blatt meint, der Artikel bezwecke nur, England allen europäischen Verwicklungen fernzubalancen; Gladstone habe sich zu der Warnung durch die auffallenden Aufmerksamkeiten, mit denen Bismarck England seit einiger Zeit überhäufe, veranlaßt gesehen. Wenn man daraus schließen dürfe, daß England die Zwecke des Dreibundes förmlich gebilligt oder ihm seinen Beistand für gewisse Vorkommnisse versprochen habe, sei es ungewisselhaft zu weit gegangen. England könne kein unmittelbares Interesse am Dreibund haben, sondern nur seine Freiheit des Handels aufrechtzuerhalten wollen; es müsse den Urhebern des Bundes zu verstehen geben, daß das Wort: „Wer nicht gegen uns ist, ist für uns“, das Maß seiner Theilnahme kennzeichne. Daß England sich andererseits den Feinden des Dreibundes anschließe, sei freilich undenkbar. Gladstones Artikel sei lediglich ein Einpruch gegen Englands Beteiligungsam Dreibund, bilde aber keine Verurtheilung desselben. Man darf aus dieser Vertheidigung schließen, daß der Artikel der „Contemporary Review“ in weiten Kreisen böses Blut gemacht. Sein Inhalt war ein ganz anderer, als der obige Auslegungsversuch jetzt gern glauben machen möchte, und ging offen darauf aus, in Italien Stimmung gegen den Dreibund zu machen. „Ball Mall Gazette“, welche sonst wohl für Gladstone zu schwärmen pflegt, meint, wenn der Artikel der „Contemporary Review“ von einem beliebigen Gelegenheitschriftsteller herrühre, stelle er eben einfaches Gerede dar; sei aber Gladstone der Verfasser, so habe er die Bedeutung einer Verhöhnung Italiens und einer Ermuthigung Frankreichs zum Reneschkeize, da der Verfasser eines Tages wieder Leiter der Politik Großbritanniens sein könnte.

Bulgarien.
Sofia, 4. Okt. Der Petersburger „Grafshdanin“ hatte kürzlich das demnächstige Erscheinen eines Buches „Ruf-land und Bulgarien“ angekündigt. Als Verfasser wurde der „frühere Sekretär“ des Fürsten Alexander, namens Golovin, bezeichnet. Derselbe wolle in seinem Werke den Beweis führen, daß Fürst Alexander während seiner Regierungszeit stets geneigt war, die berechtigten Wünsche des Garen zu erfüllen, und daß der Fürst auch während seiner bitteren Prüfungen niemals den Gedanken an eine Versöhnung mit seinem kaiserlichen Vetter aufgegeben habe, sondern auch heute noch bereit sei, im Interesse Bulgariens auf den bulgarischen Thron zurückzukehren, wenn dies mit Zustimmung des Garen möglich sei. Diese Meldung des „Grafshdanin“ wird von Golovin in einem Telegramm an den bulgarischen Ministerpräsidenten Stambuloff förmlich dementirt; Golovin sagt, weder er noch Fürst Alexander hätten an die Herausgabe einer solchen Broschüre gedacht.

Türkei.
Konstantinopel, 4. Okt. Ein neuer Bericht Schakir Pascha's konstatirt die fortschreitende Wiederherstellung der Ruhe auf Kreta und widerspricht auf das Entschiedenste den Berichten griechischer Blätter über angebliche Willkürakte türkischer Soldaten.

— Der „Köln. Ztg.“ wird aus Konstantinopel geschrieben: „Die Flotte hatte in Erfahrung gebracht, daß die griechische Regierung beabsichtigen solle, in Angelegenheiten Kreta's ein zweites Rundschreiben an die Mächte zu erlassen. Der türkische Befehl in Athen war infolge dessen angewiesen worden, beim griechischen Minister des Auswärtigen, Dragumis, anzufragen, ob eine solche Flotte bestesse. Die Antwort hat, wie mir mitgeteilt wird, verneinend gelautet, doch mit dem Zusatz, daß die griechische Regierung den höchsten Werth darauf lege, wenn die hohe Flotte sich entschließen könnte, eine vollständige Beendigung für Kreta eintreten zu lassen. Im Zusammenhang damit wird mir angebeutet, daß Griechenland plane, diesen seinen Wunsch den Mächten zur Bestätigung zu unterbreiten. Es ist indessen mehr als unwahrscheinlich, ob letztere sich dazu entschließen werden, besonders da die türkische Regierung sich durch Schakir Pascha, wie ich schon am 21. berichtete, bereits dahin geäußert hat, daß sie, sobald die Insel zur völligen Ordnung zurückgeführt sein werde, Gnade wolle walten lassen mit Ausnahme gegenüber den am meisten berüchtigten Räubersführern, und auch bezüglich

dieser ist die Anwendung der äußersten Strenge kaum zu erwarten. Daß die türkische Regierung nicht nur der freisenden Frage, sondern auch den andern schwebenden politischen Fragen mit einem gewissen Vertrauen in's Auge sieht, sollte man aus dem Umstände schließen dürfen, daß die Möglichkeit einer Armeeverminderung während der letzten Tage mit einem gewissen Anschein von Ernst in ministeriellen Kreisen erörtert worden ist. Man sagt mir darüber, der sehr sparsame und ordnungsliebende Finanzminister, der auch gleichzeitig Minister der Civilliste ist, habe bei dem Sultan den Gedanken angeregt, ob zur notwendigen Ermäßigung der großen Staatsausgaben die Armee nicht ihr Theil beitragen könne. Der Sultan, dessen Fürsorge von jeher auf eine Befestigung des seit Jahr und Tag herrschenden Festsitzes bedacht war, hat sich den Anregungen Agobs geneigt gezeigt und eine Kommission zur Erwägung des Planes niedergesetzt. Diese ist zu dem Ergebnis gelangt, daß die Verminderung des stehenden Heeres durchführbar und damit eine große Ersparnis zu erzielen sei; die Kommission glaubt, daß eventuell die Einberufung der Reserve und der Landwehr derart schnell zu bewerkeln sei, daß die Verminderung keinerlei Gefahr in sich schließe. Sie bemerkte gleichzeitig, daß die Fachmänner, welche nach ihr mit dem Plane sich zu beschäftigen haben werden, wenn sie denselben nicht ausschließlich vom militärischen, sondern auch vom finanziellen Standpunkt ansehen würden, zu dem nämlichen Ergebnisse gelangen müßten. Man glaubt indessen, daß die Militärs der Meinung ihrer Gefährten vom Civil nicht beistimmen werden und daß in dem Effektivstand der türkischen Armee eine Veränderung nicht plaggreifen werde.“ (Diese Darstellung ergänzt das bereits mitgetheilte Dementi der halbamtlichen Konstantinopeler Agentur zur Nachricht der „Times“, welche wissen wollte, daß der Sultan die Verminderung der Präsenzaffäre des türkischen Heeres bereits verfügt habe.)

Beitragsschmimen.
Das Wachstum Berlins und der großen Städte behandelt der „Hannoversche Courier“ und zieht aus der Thatsache des Wachstums die entsprechenden Folgerungen. Es vollziehe sich in Berlin, nur in größeren Zügen, dieselbe Entwicklung, die überhaupt bei allen größeren Orten zu bemerken sei; der Aufsaugungsprozess durch die großen städtischen Centren dauere mit einer Art von Naturnothwendigkeit fort. Nach zwei Richtungen hin erweise derselbe aber nicht unbedenklich, einmal, indem er dem platten Lande und den Ackerkräften die nöthigen Kräfte für die Bebauung und Befestigung des Bodens entziehe, andererseits auch die unaufhörliche Vermehrung des Proletariats in den großen Städten zur Folge habe. Das Anwachsen des Proletariats in den größeren Städten, insonderheit in Berlin, bringe aber auch mancherlei soziale, wirtschaftliche Gefahren mit sich, und namentlich sei die Zusammenverpflanzung großer Menschenmassen in ungenügenden Wohnräumen vom Standpunkt der öffentlichen Gesundheitspflege als ein schwerer Uebelstand zu bezeichnen. Wie traurig aber gerade die Wohnungsverhältnisse der ärmeren Bevölkerung in Berlin seien, wäre bekannt genug. Da bei feien die Preise für kleine Wohnungen, für eine Stube mit Küche, ja schon fast eine Stube, selbst in den entlegenen Arbeitstheilen schon so hoch, daß sie für weniger gut gestellte Arbeiter kaum zu erschwingen seien, daß ganze Familien gezwungen seien, in unzulänglichen Behausungen zu wohnen und womöglich noch Schlafstühle aufzunehmen. Mancherlei Versuche, namentlich die Bildung von Genossenschaften zum Bau von geeigneten Arbeiterwohnungen, haben sich zwar nicht als unfruchtbar, aber doch als unzulänglich erwiesen, und seien jedenfalls nicht im Stande gewesen, den vorhandenen Uebelständen zu steuern. Es werde unvermeidlich sein, daß Stadt und Staat der Wohnungsfrage eine größere Aufmerksamkeit zuwenden und zur Abheilung der gemeinschaftlichen Verhältnisse, wie sie vielfach zu Tage treten, sich entschließen.

In einem Artikel über das Börsenspiel bespricht die „Bos-fische Zeitung“ die neuerlichen Courtstreiberien an der Börse, und hält es für nöthig, daß die öffentliche Meinung warnend, mahnend und auch strafend den Bacchanalien der Selbstsucht entgegenrete: „Die Börse an sich ist eine notwendige Einrichtung des heutigen Wirtschaftslebens. Aber man kann sich nicht wundern, wenn die Segner gegenwärtig von dem „Glückstempel in der Burgstraße“ und selbst von dem „verpesteten Hauch der Börse“ sprechen, von dem „Spiel, welches unermessliches Geld in die Familien trage und das Erwerbsleben wieder auf Jahre hinaus zurückwerfen müsse“. So lesen wir heute in der „Kreuzzeitung“: „Wir wissen die rechtlichen Handelskreise sehr wohl von den Spielern und Abenteurern zu unterscheiden. Wir erkennen die berechtigte Stellung der Börse und der Spekulation durchaus an. Aber wir bedauern, daß die berechtigten Elemente nicht jene mäßige Einwirkung auf die unberechtigten auszuüben wissen, und die öffentliche Entrüstung von der Börse abzulenken und ihr den Vorwurf zu ersparen, eine große und unfehle Spielhölle zu sein. Hinwärtlich der Kohlenjohberei ließe sich freilich leicht eine Besserung herbeiführen. Der Erlaß des Herrn v. Maybach gegen den Kohlenhändler hat wenig gefruchtet. Die Staatsbergwerke können die Nachfrage nicht befriedigen. Warum hebt der Minister nicht die Ausnahmetarife für Kohlen auf? Wenn die einheimischen Kohlen nicht mehr zu ausnahmsweise billigen Preisen auf den Eisenbahnen befördert werden, so wird der Wettbewerb der fremden Kohlen wieder ausichtsloser, und dann wird es mit der sinnlosen Courtstreiberi der Kohlenaktien ein schnelles Ende haben.“

Großherzogthum Baden.
Karlsruhe, den 5. Oktober.
* (Das „Gezeß- und Verordnungsblatt für das Großherzogthum Baden“) Nr. 24 vom heutigen Tage enthält eine Landesberliche Verordnung: die Fortführung der topographischen Karte betreffend, sowie eine Verordnung des Ministeriums des Innern: die Schiffsfabrikpolizei- und Floßordnung für den Neckar betreffend. Nach der letzteren wird das Doppelsignal bei 22,2 km bei der Wiebinger Mühle in ein einfaches und das einfache Signal bei 23,0 km oberhalb der Wiebinger Mühle in ein Doppelsignal umgewandelt; die Signale bei 24,6 km unter Bergen und bei 26,1 km oberhalb der neuen Brücke (in Heidelberg) kommen in Wegfall; endlich wird das einfache Signal bei 26,7 km unterhalb des Markalles in Heidelberg in ein Doppelsignal umgewandelt.

□ (Schwurgericht.) Die Verhandlung des zwölften Falles brachte eine Anklage wegen Weineids, dessen der 46 Jahre alte Goldarbeiter Christian Funf von Engelsbrand, wohnhaft zu Forstheim, beschuldigt war. Die Anklage wirft dem Beklagten die wissenschaftliche falsche Ablesung eines Offenbarungsbeides vor und wird von den Geschworenen auch schließliche, trotzdem Funf seine Schuld in Abrede stellte, die hierauf gerichtete Schuldfrage

bejaht, worauf Funk zu 1 Jahr 5 Monaten Zuchthaus, 5 Jahren Ehrenverlust und dauernder Eidesunfähigkeit verurtheilt wurde. Die Staatsbehörde hatte Herr Staatsanwalt Arnold, den Beklagten Herr Anwalt Dr. Binz vertreten. — Zum Schluß der Tagung wurde nach geheimer Verhandlung die 21 Jahre alte Dienstmagd Pauline Gröner von Bernbach wegen fahrlässiger Kindesmordung zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt. Als Ankläger fungierte Herr Staatsanwalt Dr. Uebel, als Verteidiger Herr Anwalt Dr. Leopold Weill. Bei beiden Verhandlungen hatte Herr Landgerichtsrath Dürr den Vorsitz inne. Die Schwurgerichtstagung war damit beendet und wurden die Geschworenen mit Dankesworten entlassen.

Freiburg, 5. Okt. Die Enthüllung des Gervig-Denkmal (s) findet morgen statt und ist für die Feier folgendes Programm aufgestellt. Die mit dem 11 Uhr-Zuge dahier einreisenden Festgäste werden am Bahnhof mit Musik empfangen und zum Denkmalplatze geleitet. Nach dem Vortrag eines passenden Liedes seitens des hiesigen Gesangvereins und eines Chors durch die hiesige Stadtmusik wird die Festrede gehalten und sodann das Denkmal enthüllt. Hierauf bewegt sich der Festzug unter Vorantritt der Stadtmusik, des Gesangvereins und der Feuerwehr in die in Festeschmuck stehende Stadt, wo im Museumslokale ein musikalischer Frühschoppen abgehalten wird. Um 1 Uhr beginnt das Mittagmahl im Schwarzwaldbotel, nach diesem werden die Wasserfälle und die Gewerbeausstellung besichtigt und bei eindringender Dunkelheit die Wasserfälle elektrisch und bengalisch beleuchtet und ein Feuerwerk abgebrannt. Mit einem Banquet im Museumslokale schließt die Feier ab.

Von der Wiege, 4. Okt. (Angelsächsfall.) Beim Tunnelbau zwischen Fahrnaun und Hagel hat heute in der Frühe ein Unfall stattgefunden. Herr Staatsanwältin wollte den Hüttenrollen verlassen, verließ aber, wie es scheint, die Leiter und fiel in die Tiefe. Er erlitt durch den Sturz Wunden am Kopf, sowie Hautabschürfungen an Armen und Beinen, so daß er sofort in das Spital nach Schopfheim verbracht werden mußte.

Verschiedenes.

Leipzig, 3. Okt. Das Jubiläum des Reichsgerichts. Die Mitglieder des Reichsgerichts, an ihrer Spitze der Präsident Dr. v. Simson, begingen vorgestern durch ein Festmahl das 10jährige Bestehen des Reichsgerichts. Aus der Rede des Präsidenten Dr. v. Simson entnehmen wir, dem Leipziger Tabl. folgend, nachstehende Uebersicht über die Entwicklung des Reichsgerichts: Bereits am 27. Oktober 1879 gelangte die erste Strafsache vor das Forum des Reichsgerichts, die erste Zivilsache folgte am 3. Dezember desselben Jahres. Am 15. November konstituirte sich der Ehrengerichtshof. Im darauffolgenden Jahre, am 29. April 1880, hat die erste Sitzung der vereinigten Zivilsenate stattgefunden; am 8. Juli 1880 vollzog sich das erste Urtheil in Zivilsachen. Die Uebergabe des Bauplans an das Reich erfolgte am 2. April 1883; die Hofsenate endigten am 1. Juli 1883, während am 1. April 1884 der vierte Strafsenat und am 1. Mai 1886 der sechste Zivilsenat in's Leben trat. Die Grundsteinlegung zum Reichsgerichtsgebäude geschah am 31. Oktober 1888. Dies ist in knappen Umrissen die Entwicklungsgeschichte des Reichsgerichts in ihren äußeren Formen. Ueber die Zusammenfassung des Reichsgerichts in seinen persönlichen Gliedern sei Folgendes bemerkt: Von den Mitgliedern des Reichsgerichts sind im Laufe der letzten zehn Jahre acht gestorben, zwei sind in andere Dienstverhältnisse eingetreten, 21 wurden pensionirt. Von den seit dem 1. Oktober 1880 eingetretenen Mitgliedern gehören 44 den Richterkollegien, 3 der Obergerichtsanwaltschaft, 7 der Reichsanwaltschaft an. Von den Mitgliedern sind 22 noch in der ehemals eingenommenen Stellung thätig, während 16 andere erweiterten Senaten zugewiesen wurden. Innerhalb der verfloßenen zehn Jahre bis einschließlich dem 30. September 1889 wurden insgesamt 50 623 Urtheile gesprochen, von denen 22 181 auf Zivilsachen und 28 442 auf Strafsachen entfallen. Angesichts der Vermehrung so vieler und so großer juristischer Aufgaben ist das alte, berechnete Wort wohl am Platze: „Seines Fleißes darf sich Jeder rühmen.“

Leipzig, 4. Okt. Das Reichsgericht verwarf die Revision der Militärlieferanten Hagemann und Wollank aus Berlin gegen die Verurtheilung wegen Vorsehung und befristete die Annahme des Landgerichts, die Zahlmeister seien Beamte im Sinne des Gesetzes.

Stuttgart, 4. Okt. Zur Eisenbahnkatastrophe bei Balingen. Seine Majestät der König ließ sich durch den Ministerpräsidenten Frhrn. v. Wittmann, der nach Friedrichshafen gereist ist, eingehenden Bericht über das jüngste Eisenbahnunglück erstatten. Ministerpräsident v. Wittmann hatte sich gestern selbst zur Unfallstelle begeben. Der König ließ mehreren vom Unglück Betroffenen seine Theilnahme und seine Wünsche für eine baldige Genesung telegraphisch ausdrücken. Eine heute veröffentlichte amtliche Dorteilung stellt vorläufig fest, daß hauptsächlich durch Nichtbefolgung der Alarmsignale die Katastrophe herbeigeführt wurde. Danach hatte der fahrplanmäßige 10 Uhr 20 Minuten von Stuttgart abgehende Zug 223^a, worin sich Oberinspektor Lang befand, 18 Minuten Verpätung; er wurde wegen der starken Steigung von einer zweiten Maschine geschoben. Die Schiebemaschine fehrte vor der Wildparkstation mit Vorwissen des Zugmeisters, des Inspektors Hasenberg, zurück. Der Bahnwärter der Wildparkstation behauptet, von einem Bediensteten des Zuges den Auftrag erhalten zu haben, die Schiebemaschine zurückzuholen. Er hat den Auftrag an Hasenberg weitergegeben. Der dortige Stationsmeister ließ die Lokomotive abgehen, hörte unmittelbar darauf das Signal, welches den Abgang des in Balingen mit dem Zug 223^a kreuzenden Zuges 222 meldete, und gab sofort Alarmsignale, wovon die Schiebemaschine in Wildpark benachrichtigt wurde. Das Anmelde-signal des Zuges 222 will der Bahnwärter nicht gehört haben; er ließ die Lokomotive trotz des Alarmsignals vorbeifahren, ihr Vorrecht empfehlend, und kurz darauf erfolgte der Zusammenstoß. Auch zwei Bahnwärter zwischen Wildpark und Balingen unterließen es, trotz des Alarmsignals den Zug 222 anzuhalten. Der Bahnvorstand in Balingen gibt an, daß der Bahnwärter von Wildpark telegraphisch mit ihm verkehren wollte; er verstand aber nicht deutlich, sondern gab ein Telegramm ab an Hasenberg mit der Frage, ob die Schiebemaschine noch dort sei. Er wartete nicht die Antwort ab, da er wußte, daß die Schiebemaschine längst von Hasenberg zurückgewiesen sei, und fuhr mit Zug 223 nach Balingen zur Beerdigung eines Kollegen. Dies sind die Vorgänge, welche das Unglück veranlaßten. Es bleibt festzustellen, ob wirklich ein Bediensteter des Zuges 223 den Bahnwärter in Wildpark beauftragte, eine Hilfslokomotive herbeizurufen; beziehungsweise warum der Zugführer hieron der Station Balingen nichts mittheilte, warum der Stationsvorstand in Balingen den Zug abgehen ließ, ohne die Antwort auf das Telegramm abzuwarten, und warum die Bahn-

wärter auf das Alarmsignal hin den Zug 222 nicht anhielten. Die Frage nach dem Grade der Verschuldung ist den Gerichten zur Beantwortung vorbehalten. Unzweifelhaft liegt eine Nichtbeachtung des Alarmsignals seitens der Wärter vor. Wäre die bezügliche Vorschrift beachtet, so wäre ein Zusammenstoß verhütet worden.

Strasburg, 4. Sept. (Lage der Industrie im Unterelsaß.) Aus dem Bericht, welchen die Strasburger Handelskammer über die Zeit vom August 1888 bis August 1889 veröffentlicht hat, läßt sich erfreulicher Weise konstatiren, daß die Lage der weiten wichtigen Industrien befriedigend, zum Theil sogar recht gut ist. Die Wollindustrie, speziell die Kammgarnindustrie, hat sich ganz ausnahmsweise günstig gestaltet; Kämmerer, Spinnerei und Weberei hatten vollauf zu thun und erzielten lohnende Preise. Der Bericht sagt ausdrücklich, daß die politische Sicherheit und die Aussicht auf gute Ernten dem Geschäft bedeutenden Aufschwung gegeben und den Konsum der Gegend gefördert haben. Die Lage der Zuteilindustrie gewährt mit ihrer schnellen Besserung besonderes Interesse. In Deutschland bestand lange Zeit ein Vorurtheil gegen die Verpadung in Jute; jetzt erkennen die Cementfabriken ihre Fässer durch Säde in starker Zuteilwand, die Salinen benutzen Jutesäde, die hiesige Militärintendantur hat sich letztes Jahr entschlossen, in ihren Magazinen Säde von Jute in Gebrauch zu nehmen, weiter eröffnet die wachsende Anwendung künstlicher Dünger diesen Säden ein weites Absatzfeld. — Die Eisenindustrie befindet sich nach dem Bericht in sehr günstiger Lage, trotz der Störungen des Geschäftsganges, welche durch den Saarbrücker Streik hervorgerufen sind. Die Resultate des Eisenhandels werden als befriedigend bezeichnet. — Für Strasburg besonders interessant ist die Hervorhebung des Aufschwungs der hiesigen Billardfabrikation; dieser Aufschwung wird in erster Linie auf die Beteiligung an der Münchener Kunstgewerbeausstellung zurückgeführt; es kommt hier namentlich das alte, 1760 begründete Haus Schläpfer in Betracht, welches infolge der Ausdehnung zahlreicher Geschäftsverbindungen nach Altsachsenland, Schwaben, Italien und den fremden Erdtheilen angeknüpft hat. — Zu klagen hat, wie seit 1887 so auch heute noch, die Baumwollindustrie; der Bericht gibt dem Wunsch nach einer Beschränkung des Veredelungsverkehrs Ausdruck, als einem Mittel zur Hebung der Weberei. Ein Theil der elsaßischen Baumwollweberei hat übrigens mit Erfolg verübt, eine Anzahl ihrer Webstühle zur Herstellung von Artikeln in Wolle und in Seide zu verwenden.

W. London, 5. Okt. (Tel.) (Eisenbahnzusammenstoß.) Gestern Abend fand bei Mandelker auf der Nord-Galgen-Eisenbahn ein Zusammenstoß eines Güterzuges mit einem Güterzug statt. Drei Personenwagen wurden vollständig zertrümmert, drei Personen getödtet und sehr viele verletzt, unter den letzteren 12 schwer.

W. New-York, 5. Okt. (Tel.) (Wirbelsturm.) Nach einer Meldung aus Veracruz ist die Insel Carmen im Golf von Mexiko durch einen fürchterlichen Cyclon heimgesucht worden. Die Zahl der gesunkenen Schiffe wird auf 27, die der zertrümmerten Häuser auf 125 angegeben. Man befürchtet, daß zahlreiche Menschen ihr Leben eingebüßt haben.

Neuere Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Paris, 5. Okt. (Privattelegramm.) Die „Post“ läßt sich aus Kopenhagen melden, daß der Czar am Donnerstag von dort nach Berlin abreisen werde; es verlautet, die Kaiserin von Rußland werde am folgenden Samstag oder Sonntag abreisen.

Berlin, 5. Okt. (Privattelegramm.) Wie man der „Nordd. Allgem. Ztg.“ aus Weimar meldet, empfing gestern Seine königl. Hoheit der Großherzog in Stellvertretung des zur Zeit in Italien weilenden Großherzogs Wittags die Gesandtschaft des Sultans von Sanfirab. Die Mitglieder der Gesandtschaft waren in Postwagen von ihrem Winterquartier abgeholt und nach dem Schloß geleitet worden. Später machten die Gesandten eine Spazierfahrt in die Umgegend der Stadt.

Berlin, 5. Okt. Gegenüber den Meldungen, wonach mehrere hundert Millionen Mark zu militärischen Zwecken vom Reichstage verlangt werden würden, erfährt die „Nationalzeitung“ von zuverlässiger Seite, daß Geld-

forderungen von derartiger oder überhaupt von schwerwiegender Bedeutung nicht in Aussicht stehen.

Posen, 5. Okt. Amtlich wird gemeldet, daß bei dem Eisenbahnunfall bei der Station Lahnitz (am 3. Okt., Abends) ein Postkaffner getödtet und sieben Bahnbeamte verletzt wurden. Kein Reisender wurde beschädigt. Sechs Wagen, darunter der Postwagen, entgleisten und wurden theilweise zertrümmert.

Darmstadt, 5. Okt. (Privattelegramm.) Seine königliche Hoheit der Großherzog, die Prinzessin Heinrich von Preußen, die Prinzessin Victoria und Prinz Wilhelm wohnten heute Mittag der Eröffnung der Kunsthalle am Rheinthor bei.

Strasburg, 5. Okt. Die heute erstmals erschienene „Strasburger Korrespondenz“ konstatirt in der bekanntesten Angelegenheit des früheren Reichstagsabgeordneten Antoine, daß Letzterer viermal als Regierungskommissionsmitglied nach Frankreich gereist ist, um als Sachverständiger (er ist bekanntlich von Beruf Thierarzt) beim Zuchthengstankauf mitzuwirken, und daß er die ihm zugebilligten Reisekosten und Tagegelde widerstandslos annahm, einmal sogar eine Wehrforderung stellte. (Antoine hatte bekanntlich erklärt, niemals Geld von der deutschen Regierung erhalten zu haben.)

Bern, 5. Okt. Zum Bundesanwalt wurde vom Bundesrathe der Ständerath Scherb in Thurgau ernannt. Derselbe soll am 15. Oktober sein Amt antreten.

Wien, 5. Okt. Der Statistiker Wirklicher Geh.-Rath Baron Czörnig ist heute in Görz gestorben.

Karl Czörnig Freiherr v. Czernhausen, war am 5. Mai 1804 zu Czernhausen in Böhmen geboren, 1841 Direktor der administrativen Statistik in Wien, 1850 Sektionschef im Handelsministerium, 1863–1866 Präsident der statistischen Centralcommission in Wien. Er gehörte 1848 dem Frankfurter Parlament an.

Prag, 5. Okt. Die hiesige Polizeibehörde wies den Korrespondenten russischer Blätter Adolf Kohn aus Oesterreich aus.

Belgrad, 5. Okt. Die Entscheidung des Königs Milan in der Frage einer Zusammenkunft des Königs Alexander mit seiner Mutter beschränkte sich auf seine prinzipielle Einwilligung und überläßt die Ordnung der Details der Zusammenkunft der Regentenschaft.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 6. Okt. 106. Ab.-Vorst.: „Siegfried“, in 3 Aufzügen, von Richard Wagner. Siegfried: Herr Max Alvar, Großh. sächsischer Kammerfänger, als Gast. Anfang 6 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register. Geburten. 1. Okt. Karl Emil, S. Karl Schenker, Sattler. — Frieda Theresia Rosina Langgarte, S. Josef Göbinger, Kleidermacher. — 2. Okt. Wilhelm August Peter, S. Jakob Dietrich, Postassistent. Todesfälle. 4. Okt. Agnes, Ehefrau von Wils. Graf, Schmieb, 65 J. — Max Maus, Ehem. Fabrikarbeiter, 62 J. — Haas Geismar, Wwr., Rentner, 63 J. — Mina, 1 J. 2 M. 4 T., S. Friedrich Boland, Metzger.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Oktober.	Barom. in mm.	Therm. in C.	Windgeschw. in m.	Relative Feuchtigk. in %.	Wind.	Witterung.
4. Nachts 9 U.	748.4	+11.0	8.3	85	E	sehr bew.
5. Morgs. 7 U.	748.0	+7.0	6.8	91	E	sehr bew.
5. Mitts. 2 U.	746.4	+18.2	8.5	65	NE	sehr bew.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 5. Okt., Morgs. 3.96 w, gestiegen 2 cm.

Kunstgewerbliches Magazin von F. Mayer & Co.

Hoflieferanten, Karlsruhe, Rondelplatz. Größtes Lager von Luxus- und Gebrauchsartikeln in Porzellan, Crystal, Bronze, Christofle-Silber, Pendulen, Lampen für Geschenke, Aussteuer, Hotel- und Hauseinrichtungen.

Wetterkarte vom 5. Oktober, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Die Luftdruckvertheilung ist im Wesentlichen noch die gleiche wie am Vortage, nur hat sich die Depression, welche gestern über Polen lag, etwas weiter nach dem Osten verlegt, so daß auf ihrer Rückseite — über Nordostdeutschland — Anfluren erfolgen konnte. Die Depression im Nordwesten macht ihren Einfluß durch Trübung bis Westdeutschland herein geltend, fast im gesammten, östlich davon gelegenen Theile Mitteleuropas' dauert das heitere Wetter fort.

Frankfurter telegraphische Kuraberrichte.

vom 5. Oktober 1889.

Staatspapiere.	Bahnaktien.
4% Deutsche Reichsanleihe 107.80	Staatsbahn 200.20
4% Preuss. Konf. 106.80	Kombarden 107 1/2
4% Baden in fl. 102.95	Galizien 191.70
4% „ in W. 104.50	Westenburger 165.70
Deuterr. Goldrente 94.60	Mainzer 124.10
Silberrent. 72.30	Rheinb.-Wald.-Hb. 196.50
4% Ungar. Goldr. 65.10	Gottshard 183.60
1877r. Russen 92.70	Wesfel und Exten. 169.15
1880r. 92.70	Wechsel a. Amst. 169.15
II. Orientanleihe 64.40	Komb. 20.47
Italiener 93. —	Paris 81.10
Ägypter 93. —	Wien 171.60
Spanier 82.20	Napolondor 16.23
Serben 82.20	Privatbankkonto 16.23
Banken.	Had. Jüderfabrik 16.23
Kreditaktien 260%	Alkali Werberg. 16.23
Disconto-Kommandit 235.90	Kreditaktien 260%
Basler Bankver. 158. —	Staatsbahn 200.10
Darmstädter Bank 169.70	Kombarden 107 1/2
5% Serb. Div. Ob. —	Tendenz: still.
Berlin.	Wien.
Deft. Kreditakt. 163.80	Kreditaktien 206.20
Staatsbahn 100.90	Marknoten 58.57
Kombarden 54.30	Ungarn 99.95
Fisk.-Kommand. 235.70	Tendenz: still.
Ranrabütte 123.50	Paris.
Dortmunder 115.40	3% Rent. 87.62
Marienburger 65.40	Spanier 75 1/2
Böhm. Nordbahn —	Ägypter 471. —
Tendenz: —	Ottomane 554. —
	Tendenz: —

